

Demokraten, rührt Euch!

Frankfurt: „Soldaten im Viruseinsatz“, FR-Regional vom 14. Oktober

Die Anforderung von Bundeswehrsoldaten zur Nachverfolgung von Infektionsketten im örtlichen Gesundheitsamt durch den Oberbürgermeister wirft Fragen auf. Selbstverständlich wird sich im „Ernstfall“ niemand dagegen wenden, wenn die Bundeswehr bei Überlastung der örtlichen Spitäler auf dem Messegelände eine improvisierte Klinik zur Versorgung von Corona-Kranken betreibt. Hier handelt es sich jedoch um etwas völlig anderes.

Die angeforderten Bundeswehrsoldaten werden ohne Ausrichtung des Katastrophenfalls zu Verwaltungsarbeiten in einer Zivilbehörde herangezogen. Auf dem Hintergrund des Infektionsschutzgesetzes fällt ihnen damit jedoch gleichzeitig eine „quasi-hoheitliche“ Aufgabe zu – im Inneren unserer fragilen Republik. Es darf bezweifelt werden, dass diese Entscheidung von Herrn Feldmann vor den Verwaltungsgerichten Bestand hat.

Andererseits: Vielleicht will der SPD-Oberbürgermeister damit auch nur einer alten sozialdemokratischen Forderung wieder auf die Beine helfen: der „Allgemeinen Volksbewaffnung“.

Für Demokraten gilt deshalb allemal: Rührt euch!
Rainer Lehmann, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschriften auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

75 JAHRE FR

Die FR hatte Geburtstag: Am 1. August 1945, also vor 75 Jahren, erschien sie als eine der ersten Zeitungen, die nach dem Krieg in Deutschland herauskamen. Wir haben viele Glückwünsche bekommen und auch bereits veröffentlicht. Nun wollen wir außerdem eine Sonderbeilage auf den Weg bringen. Aus diesem Anlass würden wir uns freuen, wenn Sie einen kleinen Beitrag beisteuern würden. Vervollständigen Sie bitte einen der beiden folgenden Sätze:

„Die Frankfurter Rundschau ist für mich ...“ oder
„Ich wünsche mir von der Frankfurter Rundschau ...“

Mailen Sie **bis zum 2. November** an bronski@fr.de, möglichst zusammen mit einem aktuellen Kopfbild von Ihnen, denn wir wollen gern zeigen, wer uns da schreibt. Auch im FR-Blog können Sie reagieren:
frblog.de/wuensche
Wir freuen uns auf Sie!
Ihr Bronski

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20201026.
Übersicht: frblog.de/aktuell

Raser aller Länder, kommt zu uns!

Zu: „Behörde lässt Mordvorwurf fallen“ und „Raser und Mord“, FR-Regional vom 19.10.

Die Strecke kann wieder berast werden

Danke für Ihre engagierten Artikel. Können Sie sich erinnern? Auf dieser Strecke war die vorgeschriebene Geschwindigkeit von 1991 bis 1999 Tempo 100. Die Grünen hatten sich zu der Zeit in der Koalition mit der SPD dafür eingesetzt. Roland Koch hat das rückgängig gemacht: „Freie Fahrt für freie Bürger“ war das Motto auf der A66, die dann zum Teil noch dreispurig ausgebaut wurde.

Für die Grünen läuft aktuell die zweite Legislaturperiode in Hessen – keine Initiative für die Wiederaufgabe von Geschwindigkeitsbegrenzungen, weder hier auf der Todesstrecke noch auf anderen Autobahnen nach Vorbild unserer europäischen Nachbarn. Warum sollen verwöhnte Bübchen aus anderen Ländern nicht so schnell fahren dürfen, wie sie wollen? Es ist doch für alle Europäer bei uns erlaubt. Endlich mal das Auto ausfahren! Lamborghini, Porsche aus allen Ländern kommen zum Rasen zu uns – koste es, was es wolle! Egal zu welcher Zeit. Ob Familien unterwegs sind oder andere; sie kommen einfach mal rüber! Irgendwo muss Mann doch die teuer bezahlten Dinger ausfahren. Warum regen sich eigentlich alle so auf – die durften doch?!

Zur Beruhigung – die Strecke ist bereits repariert und kann wieder berast werden. Es bleibt ein Traum, Radwege im selben Tempo instandzusetzen bzw. zu bauen – auch wenn Grüne das hessische Verkehrsministerium stellen. Vier Kilometer Schnellradweg werden jetzt eingeweiht. Kleine Laufradfahrer werden ihre Freude haben, und die fahren im Schrittempo. Alles bestens!
Birgid Oertel & Volker Igstadt,
Hattersheim

All die schönen Pläne für die Nahmobilität

Wann endlich werden Auto-Rennen infrage gestellt? Dauern finden sie statt, fast wöchentlich woanders. In Sportkommentaren im Fernsehen wird mit Empathie über die „Erfolge“ dieser oder jener Rennfahrer berichtet. Wann endlich bezeichnet jemand, der auch in der Öffentlichkeit gehört wird, diese Ereignisse als Verbrechen an unseren Lebensgrundlagen?

Ich habe ausgerechnet, dass ein am 24-Stunden-Rennen von Le Mans teilnehmendes Fahrzeug vier Tonnen Kohlendioxid erzeugt, so viel, wie ein Normal-Pkw in einem ganzen Jahr! Was nützen all die schönen Pläne und Maßnahmen zur Verbesserung der Nahmobilität und der Radwegekonzepte, wenn gleichzeitig in anderen Bereichen massenhaft unsere Atemluft in ein

Erstickungsgas umgewandelt wird? Es müsste jemand versuchen, Autorennen vom Verfassungsgesichtspunkt zu lassen oder allgemeine Geschwindigkeitsbeschränkungen vorschreiben zu lassen, denn der Schutz unserer Lebensgrundlagen wurde ins Grundgesetz aufgenommen!
Winfried Jankowski, Elbtal

Mehr bedingter Vorsatz geht nicht

Mordurteil gegen Raser und bedingter Vorsatz: Auch wenn in einem nicht durch Beschilderung tempogeregelten Autoabschnitt „keine Geschwindigkeitsbegrenzung“ gilt, so gilt immer die Richtgeschwindigkeit von 130 km/h nach der Autobahn-Richtgeschwindigkeitsverordnung vom 21.11.1978. Auch ohne besondere Verkehrszeichen. Auch wenn das für viele vergessenes Fahrschulwissen sein dürfte: Wird schneller gefahren, führt dies wegen der Erhöhung der Betriebsgefahr zu einer höheren Mithaftung.

Es ist davon auszugehen, dass bei einem „illegalen Autorennen“ durch das bewusste Ignorieren der Richtgeschwindigkeit in massiver Art und Weise der Unfallvermeidungsspielraum bewusst zugunsten des eigenen schnellen Fortkommens nahezu gegen Null zurückgeführt wird. Mehr bedingter Vorsatz geht nicht. Oder?
Manfred Philippi, Münster

Ein großer Erfinder

Zu: „Nestlé sucht einen neuen Standort“, FR-Regional vom 19.10.

Zu den renommiertesten Frankfurtern gehört zweifelsohne Heinrich Nestlé, der 1814 – während sich ein anderer berühmter Frankfurter, Johann Wolfgang von Goethe, als Kurgast in Wiesbaden aufhielt – in der Mainstadt zur Welt kam. Obwohl viele Plätze in Frankfurt (indirekt) an den gelernten Apotheker Nestlé erinnern, gibt es leider (noch) keine bleibende Erinnerung – Straße oder Schule, Platz oder Preis – an den Gründer des weltweit größten Unternehmens für Lebensmittel und Getränke.

Vielleicht bietet nun der angekündigte Umzug der Deutschland-Zentrale von Nestlé Anlass, den Frankfurter Nestlé neu kennen und schätzen zu lernen und dem visionären Unternehmer ein Denkmal in seiner Heimatstadt zu setzen (oder zumindest eine Plakette an der Stelle seines Geburtshauses in der Töngesgasse anzubringen).

Zwar gibt es eine Nestlé-Straße in Mainz sowie in etlichen Städten in der Schweiz. In der Heimatstadt des großen Erfinders findet man aber (noch) kein würdiges Denkmal. Noch sinnvoller aber als eine nach Heinrich Nestlé benannte Straße oder ein Nestlé-Platz wäre wohl ein Preis für junge Forscher, der den Namen des Frankfurters Nestlé trägt.
Jeffrey Myers, Frankfurt

Am besten einfach ignorieren

Das höchste Haus Deutschlands: „Der nächste Rekord, FR-Regional vom 6.10.

Nicht drüber reden, nicht dran denken

Was wird im Artikel beschrieben? Hier ein – zugegeben überspitzter – Übersetzungsversuch in einfache Sprache meines hoffentlich gesunden Menschenverstandes, versehen mit klitzekleinen Ergänzungen.

Projektentwickler und Stadtplanungsdezernent setzen sich mit den geplanten Hochhäusern ein Höhen-Denkmal in Bestlage. Derzeit schon Leerstand von knapp einer Million Quadratmetern Büroraum? Wird zur Kenntnis genommen. Negative Auswirkungen für die betroffenen Leerstandsgebiete? Werden ignoriert oder kleingeredet. „Wenn überhaupt, könnte es in Häusern an der Peripherie leerer werden“. Neu entstehende Plätze mit vermutlich „ganz schlechtem Windkomfort“? Wunderschöne Wortschöpfung, Herr Dannert! Nicht drüber reden!

Weitere Fragen tun sich mir auf: Neue Büros = neue Arbeitsplätze? Wenn ja, wo bleibt eine Aussage über zukunftsfähige Planungen für weiterhin wachsende Pendlerströme? Steigender Wasserbedarf für Frankfurt auf Kosten von Ried und Vogelsberg? Nicht dran denken! Risiko Immobilienblase? Am besten ignorieren! Wirtschaftslage nach Corona? Wird schon, wird schon! Was hier als angebracht für die Zukunft geeignet präsentiert

wird, erscheint mir eher zum Fremdschämen. Die vielzitierten „Grenzen des Wachstums“ – in Frankfurt längst erreicht.
Krista Schulte, Oetzberg

Leerstand bei Büroflächen, die City verodet

Dass die Großstädte besonders von der Corona-Krise betroffen sind, wird so langsam immer klarer, besonders die Großstädte, die auf Arbeitsplätze in der Finanzindustrie, die 2008 bereits die erste Krise lieferte, gesetzt haben und die die Industrie vertrieben haben, wie die Stadt Frankfurt. Nun zeigt eine Studie der schweizerischen Bank UBS, dass Frankfurt nach München weltweit eine Finanzblase besitzt (FR v. 30.9.). Studien von Maklerfirmen bestätigen, dass ein großer Leerstand bei Büroflächen zu erwarten ist. Die City verodet. Die Ideen für einen Wandel (FR. 9.10.) werden wohl Makulatur bleiben.

Zwei Drittel aller Menschen werden 2050 in den Großstädten leben (FR, 12.9.). In Frankfurt ist dafür kein Platz, schon heute nicht, für bezahlbare Wohnungen schon gar nicht. Die Darlehen und Zuschüsse aus Steuergeldern für den „zeitweise geförderten Wohnungsbau“ dienen doch nur der Vorfinanzierung der Wohnungsbaugesellschaften und Investoren, wie Vonovia und Konsorten.

Seit Jahren investieren immer mehr Deutsche in Betongold (FR, 2.10.), und das wird auch das internationale Finanzkapital und Vermögensverwalter wie Blackrock weiterhin tun (Friedrich Merz) und dann die Rentenkassen privatisieren und plündern. Denen ist es egal, ob die Eigentumswohnungen leerstehen, sie sind leer besser zu verkaufen.

Am 22.10. berichte die FR über eine Studie „Finanzplatz Frankfurt verliert viele Jobs“. Bis jetzt geht man von 2000 weniger aus. Nun beginnt auch der „größte Jobmotor der Region“ zu stottern, es ist von 3000 Arbeitsplätzen die Rede, es werden sicherlich mehr werden. Der neue Jobmotor soll die EZB sein.

Das ist nun die Folge der Politik des Frankfurter Magistrats seit den 60er Jahren, in denen die SPD nach dem „Frankfurter Landrecht“ (Baudezernent Hanns Adrian) die Hochhäuser contra legem entstehen ließ, und so einen Sog für Arbeitssuchende erzeugte, die die Wohnungsnot vergrößern. Diese Politik haben CDU und Grüne zur Freude aller Skyline-Fans fortgesetzt. Nun ist abzuwarten, wann die Investorenfreunde in den „Volksparteien“, wenn die ersten Hochhäuser (Büro und Wohnungen) leerstehen, von „Wir brauchen die Investoren!“ zu „Das habe ich doch schon immer gesagt!“ wechseln.
Konrad Mohrmann, Frankfurt